

3.21 Frauen

Die spezielle Situation von Migrantinnen nahm im Berichtszeitraum breiten Raum in der öffentlichen Diskussion ein und erfuhr vielfache Beachtung. Vor allem die Lage muslimischer Frauen und Mädchen wurde teilweise heftig kontrovers diskutiert (vgl. 3.20.2).

Im Bereich der Ausländerbeiräte ist der Frauenanteil der Bewerberinnen grundsätzlich steigend. Bei den Kandidaturen zu den Ausländerbeiratswahlen 2005 lag der Frauenanteil mit 26,5 % um rund 2,5 Prozentpunkte höher als 2001. In 14 Orten stellten Frauen mindestens die Hälfte der Bewerber/innen auf den Wahlvorschlägen. Eine Anfrage des Hessischen Landkreistages im Mai 2007 hierzu konnte mit dem gewünschten Zahlenmaterial beantwortet werden.

Auch im agah-Aktionsprogramm „Integration“ (2008 - 2013) findet sich der Themenkomplex „Frauen und Integration“. Nach wie vor existiert trotz verfassungsrechtlicher Gleichstellung, Schutz durch das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, spezielle Beauftragte und Frauenquoten eine soziale und wirtschaftliche Ungleichbehandlung von Frauen und Männern. Frauen mit Migrationshintergrund sind davon ebenso, mitunter noch stärker betroffen. Es sind daher spezielle Aktivitäten nötig, um die persönliche, gesellschaftliche und ökonomische Gleichstellung von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund voranzubringen und damit zu einer Verbesserung ihrer Lebenssituation und Position in allen gesellschaftlichen Bereichen zu gelangen.

Dies soll nach Auffassung der agah geschehen durch

- ☞ Sensibilisierung der Gleichstellungsbeauftragten und -büros für das Thema „gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung von Mädchen und Frauen mit Migrationshintergrund“ und Durchführung hierfür geeigneter Maßnahmen auf Landesebene,
- ☞ ein differenziertes Beratungsangebot für allein erziehende Frauen mit Migrationshintergrund, das ihre spezielle Situation berücksichtigt und mehrsprachig angeboten wird,
- ☞ finanzielle und personelle Unterstützung von Familienbegegnungs- und Familienbildungszentren, wodurch Angebote in unterschiedlichen Sprachen ermöglicht werden. Weiterhin sollen

die finanziellen Mittel für Frauenhäuser und ihre Beratung erhöht werden,

- ☞ Förderung der interkulturellen Kompetenz und Vernetzung (etwa bei Drogenmissbrauch) im Bereich von Kliniken und Krankenhäusern,
- ☞ Ausbau des begleitenden Kinderbetreuungsangebots bei Integrationskursen.

Eine Projektidee für zweisprachige Kurse zur Mütterbildung, die der agah im Jahr 2006 unterbreitet wurde, fand grundsätzliches Interesse. Das Vorhaben richtete sich an Schwangere und Mütter mit Kleinkindern. Eine erste Projektskizze lag vor. Die agah sollte als Trägerin des Projektes fungieren, ggf. sollte das Projekt eventuell auch mit anderen Kooperationspartnern (Krankenkassen, Universitäten etc.) durchgeführt werden. Nach ersten Vorbereitungsgesprächen am 26.04.2006, 22.08.2006 und 30.08.2006 gab die Initiatorin den Vorschlag aus zeitlichen Gründen jedoch auf, so dass die Projektidee im Ergebnis nicht weiter verfolgt wurde.

In seiner Sitzung am 06.07.2009 beschäftigte sich der agah-Vorstand mit den Verjährungszeiten für das Delikt Genitalverstümmelung, da diese verlängert wurden. Der agah-Vorstand hält mehr Aufklärung in diesem Bereich für notwendig, allein Strafandrohungen sind nicht ausreichend. Die Idee einer Initiative zur Aufnahme von Genitalverstümmelung in § 226 StGB wurde allerdings nicht weiter verfolgt.

3.21.1 Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen

Im Sommer 2007 fasste der agah-Vorstand den Beschluss zur Mitgliedschaft im Landesfrauenrat. Als Vertreterin der agah nahm das Vorstandsmitglied Jetty Sabandar an den Sitzungen des Landesfrauenrates (21.11.2007, 22.02.2008, 21.05.2008, 27.08.2008, 06.03.2009, 16.11.2009) teil. Sie informierte den agah-Vorstand kontinuierlich über die Inhalte der Sitzungen des Landesfrauenrates, in denen unter anderem auch die Themen „Gewalt von Jugendlichen mit Migrationshintergrund“ und „Migration und Integration in Hessen“ erörtert sowie ein Gespräch mit Ministerpräsident Koch geführt wurden.

Die Gründung und Arbeit der Sarah-Hagar-Gruppe Rhein-Main, in der ein Vorstandsmitglied kontinuierlich mitarbeitete und die Impulse für eine geschlechtergerechte Sozialpolitik auf Basis der drei abrahamischen Religionen aus frauenspezifischer Sicht entwickelte, ist ein Beispiel dafür, dass, abseits von Schlagzeilen in den Medien, gerade unter Frauen der interreligiöse Dialog funktionieren kann. In dieser Initiative, einem interreligiösen Dialog mit sozialpolitischen Themen, nahm die agah regelmäßig an den Sitzungen teil. Die Sara-Hagar-Gruppe traf sich am 07.02.2006, 12.11.2007, 03.03.2008, 14.08.2008, 20.10.2008, 23.09.2009, 05.10.2009, 02.12.2009. Auch im interkulturellen und interreligiösen Frauennetzwerk Rhein-Main, Frankfurt, war die agah vertreten. Sitzungen fanden statt am 06.11.2007, 22.01.2008, 02.04.2008, 21.05.2008, 02.07.2008, 06.08.2008, 20.08.2008, 22.10.2008, 01.12.2008, 24.11.2009 (vgl. im Einzelnen Kap. 3.17).

3.21.2 Zwangsheirat

Zu den vielfachen Diskussionen, die Zuwanderermädchen und -frauen im Berichtszeitraum betrafen, trugen auch „Zwangsehen“ bei. „Zwangsehen“ und so genannte „Ehrenmorde“ gerieten zunehmend in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Beide Themen stehen oftmals in Verbindung oder werden zumindest miteinander in Verbindung gebracht. Nach einer Studie des Bundeskriminalamtes sind innerhalb der letzten zehn Jahre 48 Menschen (36 Frauen und 12 Männer) durch so genannte Ehrenmorde in Deutschland ums Leben gekommen, 22 weitere überlebten die Angriffe. Charakteristisch sei das starre Festhalten an veralteten, ländlichen Gesellschaftsstrukturen sowie ein vom Mann geprägtes Bild der Familie. Insbesondere Zwangsheiraten waren deshalb oftmals Gegenstand vielfältiger politischer Überlegungen und Anregungen. Der innen- und sozialpolitische Ausschuss des Hessischen Landtags nahm sich im Oktober 2006 dieses Themas an und bat die agah um Abgabe einer Stellungnahme.

Die agah vertrat in dieser Stellungnahme die Ansicht, dass die Landesregierung sich solcher Probleme annehmen sollte. Zwangsverheiratungen stellen ohne jeden Zweifel einen fundamentalen Verstoß gegen die Menschenwürde und die Grundrechte auf persönliche Freiheit dar. Dabei handelt es sich um Grundwerte, die nicht allein in der Bundesrepublik Deutschland Gültigkeit besitzen. Die Verurteilung und

Ablehnung solcher Verstöße findet die ausdrückliche Zustimmung der agah.

Als Grundlage einer sachgerechten Diskussion sollten die Gegebenheiten jedoch genau durchleuchtet werden. Es ist von großer Bedeutung, den Begriff der „Zwangsheirat“ oder „Zwangsverheiratung“ zunächst genau zu definieren, denn Heiratsmigration an sich kann ohne Zwang und Druck von außen stattfinden. Für eine Definition sind eine große Bandbreite und Tatbestandsvielfalt denkbar. Viele Varianten sind möglich. Diese reichen von der Importehe, bei der meistens sehr junge Frauen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Deutschland geholt werden, um hier zu heiraten, über Heiratsverschleppung ins Ausland, bei der in Deutschland aufgewachsene junge Mädchen und Frauen oftmals bei einem Urlaub im Herkunftsland der Familie genötigt werden, dort einen Mann zu heiraten, bis zu den Zwangsehen, die in Deutschland zwischen Migrant/innen oder Deutschen mit Migrationshintergrund geschlossen werden.

Der für alle Formen entscheidende Aspekt ist der des auf das Opfer ausgeübten Zwanges. Dieser Zwang kann je nach Situation unterschiedlich ausgeübt werden. Die Zwangsformen können von massiver körperlicher Gewaltanwendung und Misshandlung bis hin zu psychischem Druck und Beeinflussung reichen. Sofern unmittelbare körperliche Gewalt ausgeübt wird, um das Tatopfer zu einem bestimmten Handeln, nämlich dem Einverständnis zur Eheschließung, zu nötigen, ist eine Zwangslage leicht nachzuvollziehen und gegebenenfalls zu beweisen. Ein solchermaßen aufgenötigtes Verhalten ist Ergebnis und Ausdruck davon, dass falsche Ehr- und Erziehungsvorstellungen mit Gewalt durchgesetzt werden sollen. Schwieriger gestalten sich die Fälle, in denen psychischer Zwang eine Rolle spielt. Hier spielen bei der Einschätzung der Zwangslage soziokulturelle Faktoren eine große Rolle. Diese hängen von den gesellschaftlichen Bedingungen und Wertvorstellungen ab. Auch die traditionelle Eheanbahnung und die damit einhergehende Vermittlung der potentiellen Ehepartner stehen dem Machtmissbrauch offen, was die Gefahr mit sich bringt, dass Druck ausgeübt wird.

Im Hinblick auf Zwangsehen fehlt es zudem an genauen Zahlen und wissenschaftlichen Studien. Die Größenordnung der Zwangsehen ist daher schwer zu beziffern. Erste Hinweise finden sich zwar bereits

1978 in Berichten (Baumgartner-Karabak/Landesberger). Detaillierte Studien und genaue Daten über Ausmaß, Kontext und Folgen von Zwangsehen sind aber nicht zugänglich. Deshalb stellt die Erhebung spezieller Daten und die Erfassung relevanter Fakten den ersten Schritt für ein weiterführendes gezieltes Handeln und Verbesserungen dar und ist sehr wünschenswert.

Weiterhin kommt dem Opferschutz und den Hilfs- und Unterstützungsleistungen für Migrantinnen und Migranten sehr große Bedeutung zu. Es kann nicht ausreichen, davon auszugehen, dass allein mit konsequentem staatlichen Handeln gegenüber den Tätern ein klares Signal gesetzt wird. Vielmehr ist die Überlegung, mittels Prävention und Aufklärung das einer Zwangsverheiratung zugrunde liegende Geschlechterrollenverständnis und Gewalt legitimierende Männlichkeitsnormen aufzubrechen und ihnen gegenüberzutreten, weiter auszubauen. Zielgruppe müssen vordringlich auch die Eltern sein. Es gilt, diese für eine Zusammenarbeit zu gewinnen, ohne ihnen den Eindruck zu vermitteln, dass sie als Sonderfall der Gesellschaft behandelt werden. Migrant/innen reagieren sensibel auf solche Wahrnehmungen.

Vordringliches und grundlegendes Ziel präventiver Maßnahmen sollte jedoch die Stärkung der Situation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund sein. Es gibt eine Vielzahl von Schwierigkeiten, denen sich Migrantinnen gegenüber gestellt sehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in Migrantengruppen nicht nur verschiedene Herkunftsländer und Kulturen vertreten sind, sondern sich auch unterschiedliche Professionen und Bildungsstandards finden lassen. Die Lebensweise der einzelnen Familien hängt stark davon ab, wie diese im Herkunftsland aussah und ob durch wirtschaftliche Entwicklung eine Veränderung eintrat. Wie stark ausgeprägt selbstbestimmt die Lebensführung junger Migrantinnen ist, hängt also weniger von der Nationalität, als dem Bildungsstandard ab. Studien zufolge ist das Bildungsniveau von Migrantinnen niedrig bis mittel. Die aus einem geringeren Bildungsstandard resultierende wirtschaftlich schwächere Situation von Migrantinnen macht sie angreifbar und lässt sie leichter zum Opfer von Druck und Nötigung, von Zwangsheirat und Menschenhandel werden. Die allgemein schlechte Arbeitsmarktlage macht es gerade Ausländer/innen nicht leicht, eine adäquate Stelle zu finden. Ausländische Arbeitnehmerinnen haben dabei mit beson-

ders vielen Vorbehalten zu kämpfen. Letztlich ist es neben Angst und Verunsicherung dann die schwache ökonomische Situation, die sie in erzwungenen Ehen ausharren lässt. Für eine Alternative fehlt es mitunter an Informationen über Auswege, jedoch auch oft an finanziellen Mitteln. Insbesondere die Teilhabe an Bildungs- und Arbeitsangeboten und die Förderung von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Migrantinnen können dazu beitragen, das Selbstbewusstsein von Migrantinnen zu stärken und ihnen mentale Unabhängigkeit sowie eine eigenständige Lebensführung zu ermöglichen. Wertschätzung und Achtung können nicht verordnet werden. Dies einzufordern und selbst vorzuleben und ständig ins Bewusstsein zu rufen, gehört ebenso zu gelungener Prävention wie die konsequente Verfolgung von Straftätern. Das Gefühl, dass die besonderen Probleme und Zwangslagen der jungen Migrantinnen, ihre Hintergründe, Werte, Normen und Überlegungen ernst genommen werden, ist für die Betroffenen sehr wichtig. Oftmals wird ihr Verhalten von tief verinnerlichten Werten, Normen und Familienregeln bestimmt, über die sich die Betroffenen selbst nicht klar sind und die sie sich nicht eingestehen wollen. Für die Identitätsfindung ist es sinnvoll, dass nicht lediglich Werte und Normen einer Kultur als charakteristisch empfunden und übernommen werden, sondern beide Kulturen integriert und einbezogen werden können.

Psychischer Druck und daraus erwachsene Zwangslagen sind schwer wahrzunehmen. Betroffene Mädchen und Frauen äußern sich oftmals nur zurückhaltend und in Nuancen. Zu den Zielen eines erfolgreichen Präventionskonzeptes gehört daher unbedingt auch der Abbau von Ängsten betroffener Mädchen und Frauen, sich einer Beratungsstelle oder -organisation anzuvertrauen. Hierfür ist interkulturelle Kompetenz bei den jeweiligen Mitarbeiter/innen eine maßgebliche Voraussetzung.

Die agah stimmte insbesondere im Bereich des Aufenthaltsrechts für eine Anpassung dahingehend, dass von Zwangsverheiratung betroffene Mädchen und Frauen, die sich länger als sechs Monate im Ausland aufhalten, ihre vorherige Aufenthaltserlaubnis nicht verlieren. Das in § 51 Aufenthaltsgesetz enthaltene Instrumentarium, mit dem eine länger als sechs Monate andauernde Abwesenheit vom Bundesgebiet gestattet werden kann, reicht für diese Situation nicht aus. Allerdings genügt es nicht, allein eine Änderung des § 51 Aufenthaltsgesetz vor-

zunehmen, da die Fortgeltung der Aufenthaltserlaubnis nicht nur von der Dauer der Abwesenheit vom Bundesgebiet bestimmt ist, sondern auch weitere Voraussetzungen wie die Sicherung des Lebensunterhaltes dazu zählen. Falls Migrantinnen zwangsverheiratet wurden, haben sie nach einer mehrmonatigen Rückkehr keine Arbeitsstelle mehr und wollen und können meistens keinen Kontakt mehr zu ihren Eltern aufnehmen. Letztlich würde eine - aufenthaltsrechtlich unschädliche - mehr als sechsmonatige Abwesenheit dann mit dem Erfordernis der Sicherung des Lebensunterhalts kollidieren.

Die agah sprach sich in ihrer Stellungnahme zudem dafür aus, Maßnahmen des Opferschutzes, wozu auch die Sicherung des Aufenthalts gehört, nicht lediglich auf Zwangsheiraten auszurichten. Die Maßnahmen sollten sich auch auf die Opfer von Heiratshandel erstrecken, die ebenfalls getäuscht und in der Ehe ausgebeutet werden. Auch hier handelt es sich um Täuschungshandlungen, aufgrund derer eine Eheschließung herbeigeführt wird. Diese Frauen werden oftmals mit falschen Versprechungen gelockt und geraten nachfolgend in ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis. Angebliche Schulden für die Reisekosten etc. werden ihnen vorgehalten. Dies macht diese Frauen erpressbar und lässt sie unter menschenunwürdigen Bedingungen ausharren.

Abschließend wies die agah darauf hin, dass nicht allein den zugewanderten Frauen die Verantwortung für das Gelingen der Integration übertragen und lediglich ein entsprechendes Bemühen ihrerseits eingefordert werden kann. Vielmehr müssen auch geeignete Begegnungsangebote vorhanden sein und die Beteiligung der Mehrheitsgesellschaft stattfinden, sonst können letztlich alle Bemühungen seitens der Migrantinnen nicht zum Erfolg führen.

Die Ausführungen der agah wurden in der Anhörung des Innen- und Sozialpolitischen Ausschusses des Hessischen Landtages, die am 06.12.2006 stattfand, vertieft. Ferner setzten sich Vertreter/innen der agah in folgenden Veranstaltungen mit dem Thema auseinander:

- 10.05.2006: „Zwangsheirat und Ehrenmorde bei uns“, Vortrag und Diskussion mit Sonja Fatma Bläser, Dreieich. Veranstalter: Frauenbüro der Städte Dreieich und Langen, Integrationsbüro der Stadt Dreieich und des Kreises Offenbach, VHS Dreieich

- 28.09.2006: „Frauen in der Integration - und die Menschenrechte...?“, Fachtagung, Wiesbaden. Veranstalter: Hessisches Sozialministerium
- 19.09.2007: „Häusliche Gewalt“, Veranstaltung, Groß-Gerau. Veranstalter/innen: Büro für Frauen und Chancengleichheit im Kreis Groß-Gerau, Ev. Dekanat Groß-Gerau, Frauen helfen Frauen e.V., Groß-Gerau, Generation X e.V. - Gelebte Integration, Sozial- und Integrationsbüro der Stadt Groß-Gerau

Die intensive Beschäftigung der agah mit dem Themenkomplex findet ihren Niederschlag auch im Aktionsprogramm „Integration“ (2008 - 2013), in dem die agah sich einsetzt für:

- ☞ strikte Strafverfolgung und Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten bei Zwangsheiraten
- ☞ rechtliche und politische Schritte, um Frauen mit Migrationshintergrund, die von Gewalt bedroht sind oder bereits Opfer von Gewalt wurden, einen sicheren, verlängerbaren Aufenthaltstitel (und nicht lediglich eine auf die Dauer eines etwaigen Strafverfahrens beschränkte Aufenthaltserlaubnis) zu ermöglichen
- ☞ ein spezielles psychologisches bzw. psychotherapeutisches Beratungsangebot für Frauen mit Migrationshintergrund, die von Gewalt bedroht sind oder bereits Opfer von Gewalt wurden.

3.21.3 Sonstiges

Die Entscheidung einer Frankfurter Familienrichterin Ende März 2007, die den Eindruck auslösen konnte, dass Gewalt in der Ehe in muslimischen Familien Alltag sei, löste Entsetzen bei der agah aus. Die agah reagierte mit einer Pressemitteilung (22.03.2007), in der betont wurde, dass Gewalt in der Ehe gerade auch nach dem Koran ein Grund zur Scheidung ist. Gewalt gegen Frauen ist durch nichts und nirgends gerechtfertigt.

Die Forderung nach Migrationskenntnissen oder Kenntnissen über patriarchalische Gesellschaftssysteme als Voraussetzung für die Einstellung von Lehrer/innen, Schulpsycholog/innen oder Sozialarbeiter/innen beinhaltete ein Antrag des Ausländerbeirates Hattersheim am Main, der im Jahr 2009 an das Plenum der agah herangetragen wur-

de. Da seitens der Delegierten Recherchebedarf bestand, wurde er zunächst zurückgestellt. Der agah-Vorstand entschied, zunächst eine Anfrage an das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst zu richten, inwieweit bei Studiengängen pädagogischer Berufe Kenntnisse über Migration bereits vorgesehen sind. Da sich die Recherchearbeiten längere Zeit hingen und zudem eine Umformulierung des Antrages notwendig wurde, konnte die Umsetzung im Berichtszeitraum nicht mehr abgeschlossen werden.

Vertreter/innen der agah beteiligten sich aktiv in der 2005 gegründeten Personengruppe „Frauen in der Integration“ des Integrationsbeirates der Hessischen Landesregierung. Sitzungen fanden statt am 02.02.2006, 27.04.2006, 06.06.2006, 11.09.2006, 02.11.2006, 26.01.2007, 15.02.2007, 05.03.2007, 27.03.2007, 29.03.2007, 03.07.2007.

Die agah trat als Mitveranstalter der beiden Fachtagungen „Frauen und Aufenthaltsrecht“, Fachtagung, Darmstadt (Veranstalter: agah, HLZ) am 27.09.2008 und „Frauen und Integration“, Fachtagung, Bensheim, (Veranstalter: agah, HLZ) am 25.10.2008 auf und äußerte sich am 27.09.2006 in einem Interview von Rhein-Main-TV zusammen mit Sozialministerin Silke Lautenschläger zum Thema: „Frauen in der Integration“ sowie in einem Interview der FAZ zum Thema „Frauen“ am 11.06.2007. Zudem setzten sich Vertreter/innen der agah in einem Gespräch mit der Hessischen Sozialministerin Silke Lautenschläger am 21.03.07 für Folgeangebote bei Sprachkursen für Frauen ein und nahmen an einer Vielzahl weiterer Termine, Gespräche und Arbeitskreise zu frauenrelevanten Themen teil. An dieser Stelle seien genannt:

- 31.03.2006 Internationaler Frauentag, Empfang, Schwalbach. Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte im Main-Taunus-Kreis
- 03.04.2006 „Frauen in der Integration“, Gespräch, Diakonisches Werk, Frankfurt

Frauen

- 02.05.2006 „Der lange Werdegang der türkischen Frauen hier und drüben“, Vortrag und Diskussion mit Frau Professor Dr. Nermin Abadan Unat, Frankfurt
- 20.05.2006 Internationaler Frauennachmittag, Bad Nauheim. Veranstalter: AB Bad Nauheim
- 23.05.2006 „Migrantinnen in Deutschland. Zwischen Integration und Parallelwelten“, Wiesbaden. Veranstalterinnen: Kommunale Frauenbeauftragte, frauen museum wiesbaden, Frauenhaus der AWO
- 04.09.2006 „Frauen im Islam, Judentum und Christentum“, Veranstaltung, Frankfurt. Veranstalter: Zentrum Ökumene
- 28.09.2006 Amerikanisches Generalkonsulat, Gespräch mit der Gattin des US-amerikanischen Botschafters, Mrs. Sue Timken, Frankfurt
- 06.11.2006 Bundesverband der Migratinnen, Gespräch mit Frau Demirdögen und Frau Yurtsever, agah-Geschäftsstelle
- 27.11.2006 „Bürgerpreis 2006“, Verleihung an die Frauen des AB Rodgau, Dietzenbach. Veranstalter: Sparkasse Langen-Seligenstadt, Kreis Offenbach
- 15.01.2007 „2007: Europäisches Jahr der Chancengleichheit“, Frauen-Neujahrsempfang, Wiesbaden. Veranstalter: SPD-Landtagsfraktion
- 07.03.2007 „Weitergehen! Zwei Schritte vor. Keinen zurück.“ Veranstaltung am Vortag des Internationalen Frauentages 2007, Wiesbaden. Veranstalter: SPD-Landtagsfraktion
- 08.03.2007 Internationaler Frauentag 2007, Kundgebung, Frankfurt. Veranstalter: DGB, ver.di
- 30.03.2007 60 Jahre Deutscher Frauenring e.V., Jubiläumsfeier, Wiesbaden

-
- 16.05.2007 6. Hessischer Unternehmerinnentag, Veranstaltung, Kontaktbörse, Wiesbaden. Veranstalter: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung
 - 22.05.2007 „Auf uns Frauen kommt es an! – Eine Bestandsaufnahme frauenspezifischer Aspekte in der deutschen Integrationspolitik“, EFD-Studententag, Frankfurt. Veranstalter: Evangelische Frauenarbeit in Deutschland e.V.
 - 06.11.2007 Interreligiöses Frauentreffen, gemeinsame Gebete, Frankfurt. Veranstalter: DiTiB
 - 22.01.2008 Interreligiöser Frauentreff, Frankfurt
 - 22.04.2008 „Potenziale von Migrantinnen“, Fachtagung, Gießen. Veranstalter: Der Paritätische, HLZ
 - 12.11.2008 „Wie wir wurden was wir sind – 90 Jahre Frauenwahlrecht“, Frankfurt. Veranst.: DGB Hessen-Thüringen
 - 29.03.2009 Ausländerbeirat Egelsbach, Interkulturelles Frauenfrühstück
 - 29.03.2009 Migrantinnen in Hessen, Treffen, Veranstalter: berami e.V
 - 08.11.2009 „Leonore Siegele-Wenschkewitz-Preis“-Verleihung, Veranstalter: Verein zur Förderung Feministischer Theologie in Forschung und Lehre e.V., Evangelische Kirche in Hessen und Nassau, Evangelische Akademie Arnoldshain
 - 25.11.2009 „Lebenslage illegal“, Vortrag und Diskussion zum Internationalen Gedenktag „Nein zu Gewalt gegen Frauen“, Veranstalter: Rodgauer Frauen und Frauengruppen, Verein Frauen helfen Frauen e.V., AB Rodgau, koord. Abt. f. Gleichberechtigung, Stadt Rodgau

Frauen

- 05.03.2009 „Starke Frauen in einer starken Fraktion“, Empfang zum Internationalen Frauentag, Frauen der Grünen Landtagsfraktion
- 27.11.2009 Verleihung des Tony-Sender-Preises an Mechthild M. Jansen, Veranstalter: Stadt Frankfurt
- 29.09.2009 „Eure Ehre - unser Leid“, Serap Cileli in Schöneck, Buchlesung mit anschließendem Diskussionsforum zum Thema, Veranstalter: Ausländerbeirat Karben und Ausländerbeirat Schöneck